




**Rechtliche Aspekte
institutionsübergreifender Kooperation
im Rahmen präventiver Hilfen**

Vortrag auf der Mitgliederversammlung der AGkE

Prof. Dr. Brigitta Goldberg
EVANGELISCHE FACHHOCHSCHULE Rheinland-Westfalen-Lippe
11. März 2009



Gliederung



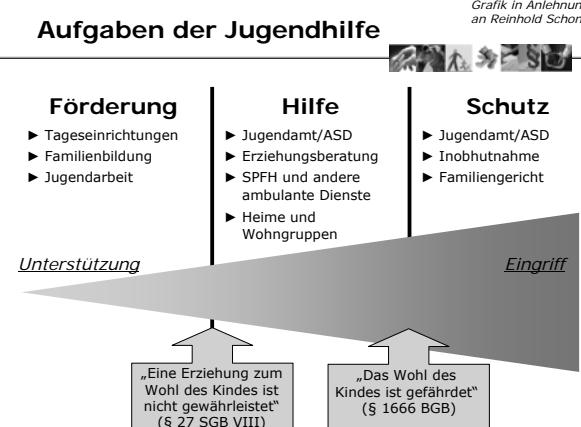
► **Rechtliche Aspekte institutionsübergreifender Kooperation**

- **Rechtliche Rahmenbedingungen der institutionsübergreifenden Kooperation**
- **Schweigepflicht, Datenschutz und Zeugnisverweigerungsrecht**

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 2

Aufgaben der Jugendhilfe

Grafik in Anlehnung an Reinhold Schöne



Förderung	Hilfe	Schutz
<ul style="list-style-type: none"> ► Tageseinrichtungen ► Familienbildung ► Jugendarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> ► Jugendamt/ASD ► Erziehungsberatung ► SPFH und andere ambulante Dienste ► Heime und Wohngruppen 	<ul style="list-style-type: none"> ► Jugendamt/ASD ► Inobhutnahme ► Familiengericht

Unterstützung *Eingriff*

„Eine Erziehung zum Wohl des Kindes ist nicht gewährleistet“ (§ 27 SGB VIII)

„Das Wohl des Kindes ist gefährdet“ (§ 1666 BGB)

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 3

Aufgaben der Jugendhilfe Grafik in Anlehnung an Reinhold Schöne

Förderung	Hilfe	Schutz
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Tageseinrichtungen ▶ Familienbildung ▶ Jugendarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Jugendamt/ASD ▶ Erziehungsberatung ▶ SPFH und andere ambulante Dienste ▶ Heime und Wohngruppen 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Jugendamt/ASD ▶ Inobhutnahme ▶ Familiengericht

für alle *für manche* *für wenige*

Gemeinsamer Schutzauftrag
unterschiedliche Handlungsaufträge

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 4

Handlungsablauf im ASD

§ 8a Abs. 1

Risikoinschätzung und Hilfeangebot

- „gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung“ (S. 1)
- „Abschätzung des Gefährdungsrisikos“ (S. 1)
- „Im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte“ (S. 1)
- „Einbeziehung der Personensorgeberechtigten und des Kindes“ (S. 2)
- Diagnose/Prognose zum Kindeswohl
- ggf. Lösungsversuch mit der Familie („Hilfeangebot“, S. 3)

§ 8a Abs. 3, 4

ggf. Einschaltung anderer Institutionen



- Anrufung des Familiengerichts (Abs. 3 S. 1)
- bei dringender Gefahr - Inobhutnahme (Abs. 3 S. 2) - Hilfe durch Polizei (Abs. 4 S. 2)

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 5

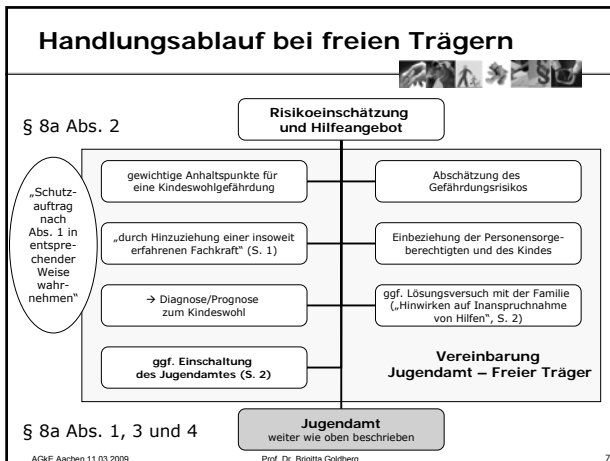
Handlungsablauf im ASD

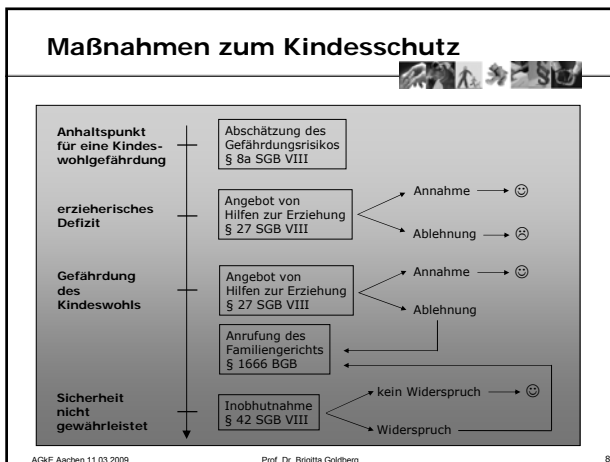
Präventionsbereich → Angebot von Hilfen

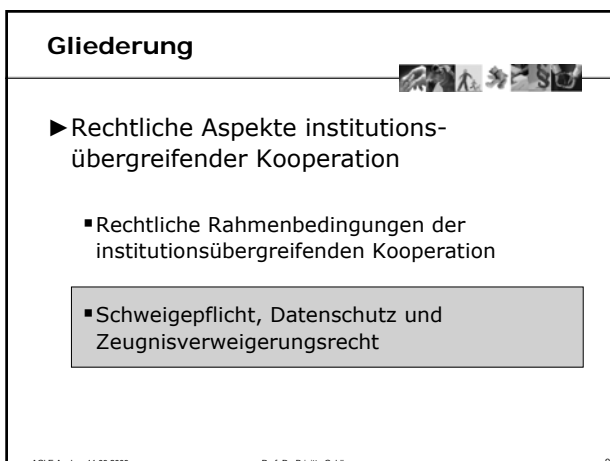
..... *„Es besteht eine gegenwärtige oder zumindest unmittelbar bevorstehende Gefahr, die bei ihrer Fortdauer eine erhebliche Schädigung des körperlichen, geistigen oder seelischen Wohls des Kindes/Jugendlichen mit ziemlicher Sicherheit voraussehen lässt.“* **Gefahrschwelle § 1666 BGB**

Interventionsbereich → Inobhutnahme 
→ Anrufung des FamG 


AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 6








Begriffsbestimmungen



- ▶ **Schweigepflicht**
 - § 203 StGB: Strafbarkeit bei unbefugter Offenbarung von Privatgeheimnissen
 - ▶ bestimmte Berufsgruppen (u.a. SozialarbeiterInnen)
 - ▶ Amtsträger
- ▶ **Zeugnispflicht bzw. -verweigerungsrecht**
 - Aussagepflicht bei gerichtlichen Verfahren
 - ▶ Unterscheidung Zivilgericht - Strafgericht
- ▶ **Datenschutz**
 - Regelungen:
 - ▶ Datenschutzgesetze und kirchliche Datenschutzbestimmungen
 - ▶ Sonderfall Sozialdatenschutz
 - Inhalt: Umgang mit Daten
 - ▶ Befugnisse zur Datenerhebung, -nutzung, -übermittlung
 - ▶ Befugnis ≠ Pflicht

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 10

Datenschutz und Kinderschutz



„Wir würden ja gerne noch enger kooperieren, aber wir unterliegen leider der Schweigepflicht.“

▶ **Datenschutz als Chance oder Grenze für die Zusammenarbeit?**


Schutz des Vertrauens
(wichtig für die
Hilfereziehung)

↔

Schutz des Kindes
vor Gefährdung

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 11

Ausgangspunkt Grundgesetz



▶ **Recht auf informationelle Selbstbestimmung**

- Teilbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts nach Art. 2 Abs. 1 und Art. 1 Abs. 1 GG
 - ▶ Bundesverfassungsgericht, 15.12.1983 („Volkszählungsurteil“):

„Der Schutz des Einzelnen gegen Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten wird vom allgemeinen Persönlichkeitsrecht aus Art. 2 Abs. 1 i. V.m. Art. 1 Abs. 1 GG (...) umfasst. Das Grundrecht gewährleistet insoweit die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.“


AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 12



Strafrechtliche Schweigepflicht

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 13

Strafrechtliche Schweigepflicht




▶ § 203 StGB –
Verletzung von Privatgeheimnissen

- Verpflichtete Personen:
 - ▶ Absatz 1:
 - Nr. 1: ÄrztInnen ...
 - Nr. 2: PsychologInnen ...
 - Nr. 4: Ehe-, Familien-, Erziehungs-, JugendberaterInnen und SuchtberaterInnen
 - Nr. 4a: SchwangerschaftskonfliktberaterInnen
 - Nr. 5: staatlich anerkannte SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen
 - ▶ Abs. 2 Nr. 1: Amtsträger
 - ▶ Abs. 3 S. 2:
 - berufsmäßig tätige Gehilfen der in Abs. 1 Genannten
 - Personen, die bei den in Abs. 1 Genannten bei der Vorbereitung auf den Beruf tätig sind

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 14

Strafrechtliche Schweigepflicht



▶ § 203 StGB


- Tatbestand:
 - ▶ Offenbaren eines (ggf. anvertrauten) fremden Geheimnisses
 - fremdes Geheimnis:

„Jede Tatsache aus dem persönlichen Lebensbereich, die nur dem Einzelnen selbst oder einem beschränkten Personenkreis bekannt ist und an deren Geheimhaltung die/der Betroffene ein schutzwürdiges Interesse hat.“
 - anvertraut oder sonst bekannt geworden:
 - ▶ anvertraut:

„In dem Vertrauen mitgeteilt, dass darüber Schweigen bewahrt wird und kein anderer davon Kenntnis erlangt.“
 - Offenbaren:
 - ▶ einem anderen mitteilen oder sonst zur Kenntnis bringen
 - ▶ unbefugt
 - ausgeschlossen bei Offenbarungsbefugnis (s. nächste Folie)

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 15

Strafrechtliche Schweigepflicht




► Offenbarungsbefugnisse

1. Einwilligung
2. Rechtfertigender Notstand
3. Gesetzliche Offenbarungspflichten
4. Berufsspezifische Offenbarungspflichten

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 16

Strafrechtliche Schweigepflicht




► Offenbarungsbefugnisse

1. Einwilligung:

- *ausdrückliche Einwilligung*
 - nur bei Einsichts- und Urteilsfähigkeit
- *stillschweigende Einwilligung*
 - aus dem Verhalten der KlientIn ist eine Einwilligung abzuleiten
 - nicht anzunehmen für Gespräche mit KollegInnen
→ immer nur anonymisiert!
- *mutmaßliche Einwilligung*
 - Betroffener ist nicht erreichbar oder nicht zu einer Einwilligung in der Lage (z.B. wegen Bewusstlosigkeit)
 - kann nach Abwägung der Interessen davon ausgegangen werden, dass eine Einwilligung erteilt würde?

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 17

Strafrechtliche Schweigepflicht




► Offenbarungsbefugnisse

2. Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB:

- gegenwärtige, nicht anders abwendbare Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut
- Weitergabe zur Abwendung dieser Gefahr
- Abwägung der widerstreitenden Interessen:
 - betroffene Rechtsgüter
 - informationelle Selbstbestimmung der KlientIn
 - funktionaler Schutz der Vertraulichkeit
 - Grad der drohenden Gefahren
 - geschütztes Interesse überwiegt das beeinträchtigte wesentlich

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 18

Strafrechtliche Schweigepflicht




► Offenbarungsbefugnisse

3. Gesetzliche Offenbarungspflichten:

- § 138 StGB: Nichtanzeige geplanter Straftaten
 - nur bezogen auf die genannten Straftaten
 - z.B. Mord, Totschlag, Raub, räuberische Erpressung
- § 323c StGB / § 13 StGB: unterlassene Hilfeleistung
- §§ 6 ff Infektionsschutzgesetz
- Meldungen an Ausländerbehörden
- Zeugnispflicht im Gerichtsverfahren → s. unten

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 19

Strafrechtliche Schweigepflicht




► Offenbarungsbefugnisse

4. Berufsspezifische Offenbarungspflichten:

- bei Tätigkeiten mit doppeltem Mandat
 - Jugendamt hinsichtlich Kindeswohlgefährdungen
 - Mitteilung an das FamG, § 8a III SGB VIII
 - Beschäftigte freier Jugendhelferträger hinsichtlich Kindeswohlgefährdungen
 - Mitteilung an das Jugendamt, § 8a II SGB VIII
- **Achtung:**
 - Eine bloße Offenbarungsbefugnis (s. unten: Sozialdatenschutz) ist noch keine Offenbarungspflicht in diesem Sinne!

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 20

Strafrechtliche Schweigepflicht



► Zusammenfassung

- SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen unterliegen persönlich einer Schweigepflicht
- sie dürfen fremde Geheimnisse nur in den folgenden Fällen offenbaren:
 - Einwilligung
 - Rechtfertigender Notstand
 - gesetzliche Offenbarungspflicht
 - berufsspezifische Offenbarungspflicht
 - § 8a: Übermittlung bei Kindeswohlgefährdung (i.S.d. § 1666 BGB) an das Jugendamt bzw. das FamG


AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 21



Sozialdatenschutz

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 22

Sozialdatenschutz




► **Rechtsquellen zum Sozialdatenschutz**

- § 35 SGB I
 - Sozialgeheimnis
- §§ 67 ff SGB X
 - Regelungen für alle Sozialleistungsträger
- §§ 61-68 SGB VIII
 - Sonderregelungen für die Jugendhilfe

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 23

Sozialdatenschutz




► **Das Sozialgeheimnis, § 35 SGB I**

§ 35 SGB I – Sozialgeheimnis
(1) Jeder hat Anspruch darauf, dass die ihn betreffenden Sozialdaten (...) von den Leistungsträgern nicht unbefugt erhoben, verarbeitet oder genutzt werden (Sozialgeheimnis).

- **Geltung für Leistungsträger**
 - **Leistungsträger in der Jugendhilfe:**
 - Kreise, kreisfreie Städte
 - in NRW auch bestimmte kreisangehörige Gemeinden
 - „Zusammenarbeit mit der freien Jugendhilfe“
 - **Folge:** keine direkte Verpflichtung der freien Jugendhilfe zur Wahrung des Sozialgeheimnisses

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 24

Sozialdatenschutz




► Was ist dann mit freien Trägern?

- *indirekte Verpflichtung* zum Sozialdatenschutz
 - Nach der Übermittlung von Sozialdaten besteht Verpflichtung zum Sozialdatenschutz wie beim Leistungsträger (§ 78 SGB X)
 - *Beispiel: Im Gespräch mit einer Mitarbeiterin des ASD erfährt die Mitarbeiterin eines freien Trägers persönliche Daten aus der Familie des Kindes*
 - Ansonsten müssen freie Jugendhilfeträger extra zum Sozialdatenschutz verpflichtet werden, z.B. durch Vereinbarungen (§ 61 Abs. 3 SGB VIII)

§ 61 SGB VIII – Schutz von Sozialdaten: Anwendungsbereich
 (3) Werden Einrichtungen und Dienste der Träger der freien Jugendhilfe in Anspruch genommen, so ist sicherzustellen, dass der Schutz der personenbezogenen Daten bei der Erhebung und Verwendung in entsprechender Weise gewährleistet ist.

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 25

Sozialdatenschutz



► Reichweite des Sozialdatenschutzes

§ 35 SGB I – Sozialgeheimnis
 (2) Eine Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von Sozialdaten ist nur unter den Voraussetzungen des Zweiten Kapitels des Zehnten Buches zulässig.

- Erhebung, § 67 Abs. 5 SGB X

Erheben ist das Beschaffen von Daten über den Betroffenen.

- Verarbeitung


Verarbeiten ist das Speichern, Verändern, Übermitteln, Sperren und Löschen von Sozialdaten.

- Nutzung

Nutzen ist jede Verwendung von Sozialdaten, soweit es sich nicht um Verarbeitung handelt, auch die Weitergabe innerhalb der verantwortlichen Stelle.

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 26

Sozialdatenschutz




► Bestimmungen sind zu beachten bei

1. der Informationsgewinnung
 - zur Abschätzung, ob die Anhaltspunkte für eine Gefährdung zutreffen
 - zur Hilfeplanung
2. dem Gespräch über den Fall mit Fachkräften
 - innerhalb der Einrichtung
 - zusammen mit einer externen Fachkraft
3. der Information anderer Stellen
 - des Jugendamtes, des Familiengerichtes, der Polizei
4. der Dokumentation

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 27

Sozialdatenschutz




► **Bedeutung der Regelungen**

- Unterscheidung:
 - **Befugnis** („*ich darf*“):
 - Erlaubnis zur Datenerhebung oder Datenübermittlung
 - **Pflicht** („*ich muss*“):
 - Wann müssen Daten erhoben oder übermittelt werden?
 - **Aufgabe** („*ich soll*“):
 - Wahrnehmung des Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII
 - freie Träger → Erbringung von Leistungen
 - Jugendamt → Inobhutnahme
- Ob eine **Pflicht** oder (nur) eine **Befugnis** besteht, wird anhand der **Aufgaben** der jeweiligen Fachkräfte beantwortet
- Jede Befugnis/Pflicht bezieht sich nur auf die jeweils **erforderlichen** Daten

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 28

1. Informationsgewinnung




► **Informationsgewinnung = Datenerhebung**

- **Regelfall:** Erhebung *beim Betroffenen*
- **Ausnahme:** Erhebung *bei Dritten*
→ nur zulässig in den im Gesetz ausdrücklich genannten Fällen:
 - wenn die Kenntnis erforderlich ist
 - zur Erfüllung des **Schutzauftrages** nach § 8a SGB VIII oder zur Feststellung der Voraussetzungen für eine **Leistung** (z.B. Hilfe zur Erziehung) *und*
 - die Erhebung beim Betroffenen **unmöglich** ist *oder*
 - die Aufgabe ihrer Art nach eine Erhebung bei anderen **erfordert**
 - wenn die Erhebung beim Betroffenen den **Zugang** zur Hilfe ernsthaft **gefährden** würde

Regelungen: § 62 SGB VIII (und § 67a SGB X)
AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 29

1. Informationsgewinnung



► **Bedeutung für öffentliche und freie Träger**

- **Bedeutung für öffentliche Träger:**
 - sie **dürfen** und **müssen** im Bedarfsfalle Daten bei Dritten erheben (z.B. zur Abklärung des Gefährdungsrisikos)
- **Bedeutung für freie Träger:**
 - sie **dürfen** bei den Betroffenen und in Ausnahmefällen auch bei Dritten Daten erheben
 - sie **müssen** aber Dritte nicht einschalten
 - in diesem Falle aber Information des Jugendamtes über den Fall prüfen

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 30

2. Fallgespräch mit Fachkräften




► Fallgespräch innerhalb der Einrichtung = *Datennutzung*

- Nutzung ist zulässig,
 - ▶ wenn der Betroffene eingewilligt hat *oder*
 - ▶ zu dem Zweck, zu dem die Daten erhoben wurden
 - *Beispiel: Daten wurden zur Abschätzung des Gefährdungsrisikos erhoben → sie dürfen in einer Teambesprechung anderen Teammitgliedern erläutert werden*
 - ▶ *oder* zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe = Schutzauftrag nach § 8a SGB VIII / Hilfe zur Erziehung
 - *Beispiel: Persönliche Daten werden während einer SPFH bekannt bzw. erhoben. Nach einiger Zeit ergeben sich Anhaltspunkte für eine Gefährdung → die „alten“ Daten dürfen bei der nun nötigen Abschätzung im Team mitgeteilt werden*

Regelungen: § 64 SGB VIII und §§ 67b, 67c SGB X
AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 31

2. Fallgespräch mit Fachkräften




► Fallgespräch mit externer Fachkraft = *Datenübermittlung*

- Übermittlung ist zulässig,
 - ▶ wenn der Betroffene eingewilligt hat *oder*
 - ▶ zu dem Zweck, zu dem die Daten erhoben wurden
 - ▶ *oder* zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe = Schutzauftrag nach § 8a SGB VIII / Hilfe zur Erziehung
- Übermittlung aber nur nach **Anonymisierung** oder **Pseudonymisierung**

Regelungen: § 64 SGB VIII und §§ 67b, 67d, 69 SGB X
AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 32

3. Information anderer Stellen



► Information = *Datenübermittlung*

- Die Übermittlung ist **zulässig** ...
 - ▶ mit Einwilligung *oder*
 - ▶ zur Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe
 - z.B. Schutzauftrag nach § 8a SGB VIII, HzE
 - *Beispiele: Das Jugendamt informiert das Familiengericht über einen Fall von Kindeswohlgefährdung; der freie Träger informiert das Jugendamt*
 - ▶ Durchführung eines mit der gesetzlichen Aufgabe **zusammenhängenden** Strafverfahrens
 - *Beispiel: Das Jugendamt stellt Strafanzeige wegen der Kindeswohlgefährdung, um die Bereitschaft zur Annahme einer Hilfe zur Erziehung zu erreichen*

Regelungen: § 64 SGB VIII und § 69 SGB X
AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 33

3. Information anderer Stellen

- ▶ Information = *Datenübermittlung*
 - Die Übermittlung ist zulässig ...
 - ... **und es besteht keine Einschränkung der Übermittlungsbefugnis**
 - ▶ die Übermittlung würde den Erfolg der Jugendhilfeleistung gefährden (§ 64 Abs. 2 SGB VIII)

▪ *Beispiel: Strafanzeige bei Kindeswohlgefährdung ist nur möglich, wenn dadurch die Betreuung in der Tagesgruppe nicht gefährdet wird*
 - ▶ besonderer Vertrauensschutz bei **anvertrauten Daten** (§ 65 SGB VIII)
 - diese dürfen *nur ausnahmsweise* in den im Gesetz genannten Fällen übermittelt werden (*s. nächste Folie*)

Regelungen: § 64 Abs. 2 und § 65 SGB VIII
AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 34

3. Information anderer Stellen

- ▶ „Anvertraute Daten“ i.S.d. § 65 SGB VIII

▪ *„Alle Daten, die dem Mitarbeiter im Vertrauen auf seine besondere Schutzpflicht in der Erwartung mitgeteilt worden sind, dass sie Dritten nicht zugänglich sind.“*
- ▶ **Reichweite des Schutzes:**
 - jede Übermittlung ist *unzulässig* außer es handelt sich um einen der in § 65 Abs. 2 SGB VIII genannten Ausnahmefälle
 1. Einwilligung zur Übermittlung liegt vor
 2. Anrufung des FamG zur Erlangung einer Entscheidung nach § 1666 BGB zur Ermöglichung einer Jugendhilfeleistung
 3. Wechsel der Fallzuständigkeit und Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung
 4. Hinzuziehung von Fachkräften zur Abschätzung des Gefährdungsrisikos nach § 8a
 5. es wäre auch eine Verletzung der Schweigepflicht nach § 203 StGB möglich → bei rechtfertigendem Notstand, § 34 StGB


AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 35

3. Info freier Träger → Jugendamt

- ▶ Pflicht („*ich muss*“) das Jugendamt informieren
 - wenn die Voraussetzungen nach § 8a Abs. 2 SGB VIII vorliegen:
 - ▶ Anhaltspunkte für Kindeswohlgefährdung sind bekannt
 - ▶ es wurde Gefährdungseinschätzung vorgenommen
 - ▶ es wurde bei den Personensorgeberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hingewirkt
 - ▶ weitere Risikoeinschätzung ergab, dass Hilfen nicht ausreichen

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 36

3. Info freier Träger → Jugendamt




► Befugnis („*ich darf*“) das Jugendamt informieren

- bei anvertrauten Daten → sehr eingeschränkt (§ 65 Abs. 2)
 1. mit Einwilligung
 2. Voraussetzungen für Anrufung des FamG (§ 1666 BGB)
 3. Wechsel der Fallzuständigkeit bei Kindeswohlgefährdung
 4. Hinzuziehung von Fachkräften zur Abschätzung des Gefährdungsrisikos
 5. rechtfertigender Notstand, § 34 StGB
 → in den meisten Fällen besteht dann auch gleich die *Pflicht*
- bei nicht anvertrauten Daten
 - wenn die Information des Jugendamtes *erforderlich* ist zur Wahrnehmung des Schutzauftrages
 - und der Erfolg der eigenen Leistung (HzE) nicht gefährdet wird

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 37

Sozialdatenschutz




► **Zusammenfassung:**
Zulässigkeit einer Datenübermittlung

- **Schutzbereich:**
 - Sozialdaten, § 35 I SGB I und § 67 I SGB X
 - Sozialleistungsträger / indirekt bei freien Trägern
- **Übermittlungsbefugnis?**
 - Einwilligung, § 67b I 1 und II SGB X
 - gesetzliche Übermittlungsbefugnis, § 67d I i.V.m. §§ 68-75 SGB X → insbes. zur Aufgabenerfüllung
- **Einschränkung der Übermittlungsbefugnis?**
 - anvertraute Daten, § 76 SGB X und § 65 SGB VIII
 - Gefährdung des Erfolgs, § 64 II SGB VIII
 - nur anwendbar bei Übermittlung nach § 69 SGB X

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 38

4. Dokumentation




► Dokumentation = *Datenspeicherung*

- **Regelungen:**
 - „Speicherung“: auf allen Medien
 - schriftliche Akten, Notizzettel, Übergabebuch, PC-Dateien
 - zulässig, wenn zur Erfüllung der Aufgabe erforderlich
 - bei der Erfüllung unterschiedlicher Aufgaben i.d.R. keine Zusammenführung der Akten
- **Dokumentationsrecht, aber nicht –pflicht**
 - die Pflicht ergibt sich jedoch aus der Aufgabe!

Regelungen: § 63 SGB VIII (und §§ 67b, 67c SGB X)
AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 39


Einzelfragen



- ▶ **Datenschutz in der Hilfe zur Erziehung – Datenschutz bei § 8a**
 - grundsätzlich gelten die gleichen Vorschriften
 - wichtigster Unterschied bei anvertrauten Daten
 - ▶ dürfen bei Kindeswohlgefährdung weitergegeben werden
 - ▶ bei Hilfen zur Erziehung Weitergabe nur mit Einwilligung

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 40

Einzelfragen




- ▶ **Allgemeine Schweigepflichtentbindung?**
 - Schweigepflichtentbindung = Einwilligung

↓

möglichst konkret und einzelfallbezogen!!

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 41


Einzelfragen



- ▶ **Schweigepflicht nur bei anvertrauten Daten?**
 - Schweigepflicht nach § 203 StGB
 - ▶ kein Unterschied zwischen anvertrauten und sonst bekannt gewordenen Geheimnissen
 - Sozialdatenschutz
 - ▶ weitergehender Schutz bei anvertrauten Daten
 - ohne Einwilligung Weitergabe (fast) nur bei Kindeswohlgefährdung
 - ▶ bei sonstigen Daten Weitergabe
 - zur Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe,
 - aber nur, wenn dadurch der Erfolg der Leistung nicht gefährdet wird

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 42

Einzelfragen




► Unterschiede zwischen Erziehungsberatung und sonstigen ambulanten Hilfen?

- Schweigepflicht, § 203 StGB:
 - alle MitarbeiterInnen der EB fallen darunter
 - bei den ambulanten Hilfen aber nur die SozialarbeiterInnen und PsychologInnen
- Sozialdatenschutz:
 - keine Unterschiede zwischen den Hilfen
 - in der EB aber vermutlich häufiger anvertraute (und damit schützenswertere) Daten

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 43

Einzelfragen




► Was müssen Träger der Hilfen zur Erziehung dem Jugendamt übermitteln?

- Daten, die *erforderlich* sind zur Aufgabenerfüllung
 - Aufgaben: u.a. Hilfeplanung, § 36 SGB VIII
 - Entwicklungsberichte zur Hilfeplanung?
 - problematisch:
 - generelle, vom Einzelfall abgehobene, standardisierte anamnestiche oder diagnostische Datenerhebung
 - ansonsten ist die Zulässigkeit umstritten
 - eA: Entwicklungsberichte grundsätzlich zulässig
 - aA: regelmäßige Berichte aus stationären Einrichtungen oder der Erziehungsbeistandschaft/SPFH unzulässig (besser Datenerhebung in Hilfeplangesprächen)
 - Kontrolle statt dessen durch Tätigkeitsberichte

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 44

Einzelfragen



► Inoffizielle Information des Jugendamtes?

- Offizielle Information des Jugendamtes:
 - Erforderlich (= Pflicht),
 - wenn die Voraussetzungen nach § 8a Abs. 2 SGB VIII vorliegen:
 - Anhaltspunkte für Kindeswohlgefährdung sind bekannt
 - es wurde Gefährdungseinschätzung vorgenommen
 - es wurde bei den Personensorgeberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hingewirkt
 - weitere Risikoeinschätzung ergab, dass Hilfen nicht ausreichen / Hilfen werden nicht angenommen
 - zudem:
 - wenn eine *dringende* Kindeswohlgefährdung vorliegt
 - wenn der Kontakt abgebrochen wird
- Inoffizielle Information höchstens zur Risikoabschätzung (anonymisiert/pseudonymisiert)


AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 45



Zeugnisverweigerungsrecht

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 46

Zeugnispflicht im Gerichtsverfahren




► **Strafprozess: §§ 51 ff StPO**

- § 53: Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen
 - aber *nicht* für SozialarbeiterInnen (obwohl es gefordert wird)
 - anerkannt ist aber in Ausnahmefällen ein übergesetzliches Zeugnisverweigerungsrecht
- § 54: Aussagegenehmigung für Personen des öffentlichen Dienstes
 - darf nur erteilt werden, wenn Datenübermittlung nach dem Sozialdatenschutz zulässig ist (vgl. § 35 Abs. 3 SGB I)
- **Folge:**
 - MitarbeiterInnen öffentlicher Träger sind nicht aussagepflichtig
 - für MitarbeiterInnen freier Träger sehr umstritten

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 47

Zeugnispflicht im Gerichtsverfahren



► **Zivil-, Verwaltungs-, Sozial-, Arbeitsgerichtsverfahren**

- Zeugnisverweigerungsrecht aus persönlichen Gründen
 - gilt für Personen, denen kraft ihres Amtes Tatsachen anvertraut sind, deren Geheimhaltung geboten ist
 - also auch für SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen
 - ...
 - § 383 I Nr. 6 ZPO, § 15 FGG, § 98 VwGO, § 118 SGG, § 46 II ArbGG
- zudem ist Aussagegenehmigung erforderlich

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 48

Einzelfragen

► Schweigepflicht vor dem Familiengericht?

- Schweigepflicht ergibt sich aus § 203 StGB
 - ▶ *keine* Schweigepflicht, wenn die Offenbarung befugt ist → wenn kein Zeugnisverweigerungsrecht besteht
 - ▶ Zeugnisverweigerungsrecht besteht gem. § 15 FGG i.V.m. § 383 I Nr. 6 ZPO
 - ▶ Ergebnis: keine Aussage nötig!

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 49

Weitere datenschutzrechtliche Regelungen

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 50

Regelungen für kirchliche Träger

► Kirchliches Selbstbestimmungsrecht

- Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 WRV
- Sonderstatus → Kirchenrecht ist vorrangig vor staatlichem Recht
 - ▶ kirchliche Datenschutzbestimmungen verdrängen die staatlichen Gesetze
 - eigentlich auch die aus dem SGB X und SGB VIII (s. oben), aber diese Regelungen sind für freie Träger nur indirekt anwendbar und daher gültig
 - ▶ Katholische Kirche = Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO)
 - ▶ für die Caritas umstritten, ob dieser Sonderstatus ebenfalls gilt (da sie in privatrechtlicher Form betrieben wird)

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 51

Regelungen für kirchliche Träger

- ▶ Inhalte der KDO
 - Regelungen ähneln denen im BDSG
 - nicht so streng wie im Sozialdatenschutz
 - in der Jugendhilfe daher die oben beschriebenen strengeren Regelungen anwenden!

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 52

Datenschutzgesetze

- ▶ Datenschutzgesetze
 - vorrangig Landesdatenschutzgesetz (DSG NRW)
 - ▶ das DSG NRW gilt nach § 2 I aber nur für Behörden, Einrichtungen und sonstige öffentlichen Stellen des Landes
 - ▶ zudem nach § 2 II für Eigenbetriebe der Kommunen usw.
 - Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)
 - ▶ gilt nach § 1 II Nr. 3 bei nichtöffentlichen Stellen, soweit sie Daten unter Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen oder in bzw. aus nicht automatisierten Dateien verarbeiten
 - ▶ Regelungen ähnlich wie im Sozialdatenschutz, aber nicht so streng


AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 53

Arbeitsrecht

- ▶ Arbeitsrechtliche Regelungen
 - Verschwiegenheitspflichten aus dem Heim-, Behandlungs- bzw. Beratungsvertrag
 - Verschwiegenheitspflicht aus dem Arbeitsvertrag
 - Tarifvertragliche Regelungen
 - ▶ § 5 Abs. 1 AVR (Caritas)

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 54

Einzelfragen




► **Akteneinsicht in Jugendamtsakten durch Politiker?**

- **Akteneinsichtsrecht, § 25 SGB X**
 - „Muss“ für Beteiligte im Verwaltungsverfahren
→ passt nicht auf Politiker
 - ansonsten Ermessensentscheidung
 - Grenze in jedem Fall beim Sozialgeheimnis (Abs. 3)
→ Akteneinsicht nur bei Übermittlungsbefugnis (nichts ersichtlich)
- **Informationsfreiheitsgesetz NRW**
 - Sozialdatenschutz nach SGB X ist vorrangig
 - zudem keine Einsicht wegen des Schutzes personenbezogener Daten (§ 9 IFG NRW)

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 55

Literatur



► *Papenheim, Heinz-Gert*: Schweigepflicht. Datenschutz und Zeugnisverweigerungsrecht im sozial-caritativen Dienst. Freiburg i.Br.: Lambertus 2008.

► *Tammen, Britta*: Grundzüge des Sozialdatenschutzes. In: *Unsere Jugend 2007*, 126-135, 180-186 und 225-233.

► *Meysen, Thomas*: Kooperation beim Schutzauftrag und Datenschutz – alles rechtens? In: Jordan, Erwin (Hrsg.): *Kindeswohlgefährdung*. Weinheim/München: Juventa 2006

AGkE Aachen 11.03.2009 Prof. Dr. Brigitta Goldberg 56



**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**

Kontakt:
Prof. Dr. Brigitta Goldberg
Ev. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe
Immanuel-Kant-Straße 18-20, 44803 Bochum

Tel. 0234/36901-208, Fax 0234/36901-300
Mail post@brigitta-goldbera.de
Web <http://www.brigitta-goldbera.de>
